Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 8 (1988)
Heft: 15

Artikel: Utopie und Realität nach 68
Autor: Pinkus, Theo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651835

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Theo Pinkus

Utopie und Realität nach 68

> Das Utopische, das ist das Werdende, die politische Zukunftsvision — im konkreten Augenblick.
>
> Ernst Bloch

Ich bin ein ‚Vor-33er', und kein ‚68er'. Die Lehren aus den Erfahrungen meines politischen Engagements hab ich 1981 in meinem Beitrag ‚Die Parteigrenzen der Emanzipation' (Widerspruch 1/81) ausführlich dargelegt. Sie sind auf Zustimmung und Widerspruch gestossen. Im Anschluss daran, und jetzt zwanzig Jahre nach 68, sind einige Präzisierungen fällig. Sie stehen mit den politischen Entwicklungen von 68 in einem direkten Zusammenhang.

*

Die unmittelbaren politischen Wurzeln der 68er Bewegung liegen in der Jungen Sektion der PdA (Tendance de gauche in der Westschweiz; s. Zeitdienst vom 26.9.69) und in der Fortschrittlichen Studentenschaft (FSZ), was die antiautoritäre Bewegung in Zürich angeht (s. die Zeitdienst-Diskussionen von 1966-71). Enttäuschend für mich war die Folgenlosigkeit der Anregungen auf dem PdA-Parteitag in La Chaux-de-Fonds Herbst 1968 (ZD, 15.10.68), wo ich feststellen musste, dass wir die Forderungen und Themen der antiautoritären Jungen Sektion nicht durchsetzen konnten. Meine Vermittlungsrolle zwischen der alten und der Neuen Linke hatte keinen Erfolg (ZD, 26.9.69), ja, ich bin selber unter Beschuss geraten; wie übrigens auch Konrad Farner, der wie ich mit den Genossen der Jungen Sektion zusammengearbeitet hatte bis zu seinem Parteiaustritt 1969; ein Entschluss, dem ich mich nicht anschliessen wollte. Ich war damals — wie heute — der festen Überzeugung, dass die Krise des Parteimodells, des ‚demokratischen Zentralismus', die nach dem Mai 68 in Frankreich und nach der sowjetischen Intervention in Prag im August 68 zur Debatte stand, eine historische Chance in sich barg, neue Organisationsformen kommunistischer und sozialistischer Politik zu diskutieren, um den Zerfall der antiautoritären Bewegung aufzuhalten und aufzufangen. Denn im Sommer 1969 war auch in der Schweiz deren Zersplitterung abzusehen, und die Organisationsfrage stand in der Tat auf der Tagesordnung, nachdem die PdA-Leitung das kultur-revolutionäre Potential der antiautoritären Bewegung von 68 in vielen gesellschaftlichen Bereichen verkannte und ideologisch zu bekämpfen begann. Der Massenaustritt der Jungen Sektion aus der PdA im Herbst 1969 war die Folge davon.

*

Bedenke ich heute, rückblickend gesehen, die politische Tragweite der Or-

ganisationsfrage für die Strategie der revolutionären Linken in der Schweiz, so wird nochmals in aller Deutlichkeit klar, wie wichtig es ist, auch diejenigen Gründe zu benennen, die ab 1969 dazu führten, die Organisationsprobleme nicht auf breitester Basis und in Verarbeitung neuer und reicher Erfahrungen zu lösen. Diese Gründe liegen in der damals aufkommenden dogmatischen und sektiererischen Manier auf seiten derer, die unvermittelt und ohne genauere Kenntnisse der schweizerischen Arbeiterbewegung Revolutionsmodelle zu kopieren begannen oder unbesehen und ahistorisch an Negativ-Erfahrungen aus den 20er und 30er Jahren anknüpfen wollten. Diese vor allem in Studentenkreisen sehr abstrakten Rezeptionen von der Geschichte der kommunistischen Bewegung und schematische Übertragungen von revolutionärer Politik — statt sich den eigenen und internationalen Erfahrungen der späteren 60er Jahre zu stellen — schienen mir ‚Vor-33er' damals schon zum Scheitern verurteilt. Der Zusammenbruch z.B. der gemeinsamen, produktiven Koordination von Arbeitern, Lehrlingen, Studenten und Schülern (FASS) und die folgenschwere Zersplitterung und Spaltung der 68er Bewegung entsprangen einer intellektuellen Arroganz fernab der organisierten Arbeiterschaft. Viele (studentische) Intellektuelle wollten ihr eigenes Zentral-Komitee sein, statt ihr intellektuelles Potential und ihre „Konfliktstrategie" in der organisierten Arbeiterbewegung zum Tragen zu bringen. Der Abgang und das Untertauchen der sektiererischen, rechthaberischen und sich gegenseitig bekämpfenden KP-Aufbau-Gruppen hat die politisierte 68er Basisbewegung geschwächt und die entstandenen Bündnisse der Ausserparlamentarischen Opposition (APO) in Kultur und in der Hochschule „linienmässig" untergraben. So berechtigt und theoretisch fundiert die Kritik am unbewältigten Stalinismus der alten Linken war, die Dogmatisierung nicht nur einer sondern vieler „Linken" (ab 1969 entstanden die RML, POB, RAZ, PSA, KPS etc.) relativierte den Versuch, einen politischen Konsens über Gegenmacht auf breitester Basis zu diskutieren. Statt sich in revolutionärer Geduld und Kleinarbeit der kritischen Phase zu stellen, flüchteten manche Überbauer in ein abstraktes Abenteurertum, das trotz gewisser Konzessionen der Herrschenden der stabilisierenden Reform der Herrschaftssicherung gedient hat.

*

Zurückgreifen kann ich nun erneut auf die Forderung, die ich im Juni 1971 zum Abschluss einer längeren Diskussion über „Anti-Integration" ausführlich begründete und welche ich nach wie vor aufrecht erhalte: *„Nicht Berufsrevolutionäre — sondern Revolutionäre im Berufsbereich"*. Eine Forderung, die heute erweitert werden muss. Damals ging es um die Frage: Wie verhindern, sich „verkaufen„ zu müssen — sich vereinnahmen zu lassen? Heute können wir festhalten: Nicht alle 68er sind Stützen der bürgerlichen Gesellschaft. Viele arbeiten zwar heute in „bürgerlichen" Positionen, haben aber in ihrem Arbeitsbereich „reformistisch" den Herrschenden und ihren Institutionen Zugeständnisse abgerungen und so Positionen der Gegenmacht

durch ihre Praxis erweitert und gestärkt. So sind viele auch in der institutionalisierten Gegenmacht nach 68 tätig geworden (Gewerkschaften, Linksparteien, Medien), dort, wo konkret die Widersprüche der Profitgesellschaft ausgetragen werden, aber auch in Bürgerinitiativen, Frauenbewegung und sozialen Bewegungen. Sicher, der Anpassungsdruck ist gross, die Gefahr, dass durch die undurchschaubare Fremdbestimmung der Arbeit, Professionalisierung und Kompetenz, durch eine zunehmende „Ästhetik der Kreativität" die produzierte Unmenschlichkeit (z.B. Gentechnologie, Werbung) nicht mehr wahrgenommen wird. Neben dem berufsgebundenen „Prestigezwang", der nicht einfach hingenommen werden muss, gefährdet, wie Bichsel (Widerspruch 14/87) sagt, bereits der „Reichtum in den Köpfen" der Linken die moralische Integrität in der Kontinuität gesellschaftsverändernder Praxis — damals wie heute.

*

Nachdenken über Moral und Lebenshaltung tut not. Kleidung, das Dach über dem Kopf und Nahrung müssen dem gesellschaftlich-durchschnittlichen Lebensniveau entsprechen. Wer wesentlich darunter leben muss — wie in vielen Drittweltländern, aber auch hierzulande —, ist zu sehr damit beschäftigt, das notwendige Lebensniveau oder mehr zu erreichen. Er kann sich den „Luxus" der Reflexion über den Wohlstand und seine mögliche Indifferenz nicht leisten. Er muss überleben. Wer gut über dem Lebensniveau lebt — eben, da beginnt die Moral. Einmal das gesellschaftlich-durchschnittliche, notgewendete Lebensniveau vorausgesetzt, besteht die Chance der Indifferenz, ja Immunität gegen Konsummanipulation, die bis zum Konsumterror gegen sich selbst führen kann.

Die *Wohlstandsindifferenz* ist insbesonders in den hochindustrialisierten Ländern eine Voraussetzung für die Freiheit des politischen Handelns, d.h. gesellschaftsverändernd tätig zu sein und darin Kontinuität wahren zu können.

Die Wohlstandsindifferenz steht nicht im Widerspruch zur Erweiterung des Horizonts, d.h. der eigenen Bildung und des Wissens, die man sich materiell leisten kann und die die gesellschaftsverändernde Tätigkeit permanent weiter qualifiziert. Sie erleichtert die Überwindung der Isolation unter den vielen Menschen, mit denen wir leben, und stärkt kollektive Verhaltensformen und Gemeinsamkeiten.

*

Die Hegemonie der kapitalistischen Gesellschaftsform setzt sich immer wieder durch mit der Aufspaltung des Ichs in die drei getrennten Bereiche bürgerlichen Lebens: das Berufliche, das Private und das Öffentliche. Diese Spaltung der „Persönlichkeit", muss überwunden werden, aber nicht „eindimensional" (Marcuse), das ist seit 68 ein wichtiges Postulat. Um sich über den Zustand der objektiven und eigenen Entfremdung vom Menschsein auf-

zuklären, muss der Entfremdungsgrad im beruflichen und gesellschaftlichen, aber auch im privaten Bereich (Konsum) beachtet werden. Es ist der jeweilige Stand des „Entfremdungsbarometers", der eine verändernde, alternative, revolutionäre Praxis erfordert.

Diese Praxis heisst seit 68: in einer *revolutionären Infrastruktur* zu wirken oder sie aufzubauen. Sie besteht heute im breiten Zusammenhang des alternativen Sektors, wo man eine „vorgezogene Utopie" (Bloch) lebt, in genossenschaftlichen und selbstverwalteten Formen und Kollektiven, *nicht* ohne sich der gesellschaftlichen Verschränkung bewusst zu sein und diese sprengen zu wollen. Da die überwiegende Mehrzahl der Arbeitenden in der kapitalistischen Produktion, im Dienstleistungsbereich und Institutionen beschäftigt ist, bilden die gesellschaftskritischen Kräfte potentiell den zweiten Sektor dieser Infrastruktur. Der dritte Sektor ist der private Bereich, in dem jeder und jede weitgehend über die Mittel verfügen, die diesen verändernden Prozess fördern können.

Wie ich bereits in meinem Beitrag im Widerspruch 1/81 ausgeführt habe: Die revolutionäre Infrastruktur und die Bildung von kleinen tabulosen *Emanzipationsgruppen* sind kein Parteiersatz. Sie werden nur indirekt auf parlamentarische und gewerkschaftliche, notwendig zu erfüllende Aufgaben einwirken können. Aber eines können sie auch den sozialistischen und kommunistischen Parteien helfen: mündige, kreative Menschen zu entwickeln, ohne die die Ziele dieser Parteien nie erreicht werden können.

Die Emanzipationsgruppen sind keine Fraktionen und Zellen in Form einer Partei. Sie bestehen aus Menschen mit vielseitigen Beziehungen untereinander, die durch Aussprachen und gegenseitige Hilfe das Rückgrat jedes Einzelnen gegen Integrationstendenzen ins kapitalistische Profit- und Konsumleben stärken. Die Gruppen problematisieren die Konzessionen, die „unumgänglich" sind und jeden der drei Lebensbereiche betreffen. Sie stellen Querverbindungen und Koordinationen her, stehen im Kontakt mit den alternativen, selbstverwalteten Einrichtungen und Unternehmungen, helfen diesen und werden im Notfall auch von ihnen „aufgefangen". Die sogenannten „persönlichen" Probleme (Beziehungsfragen, Sexualität) gehören in ihnen ebenso offen und tabulos diskutiert wie die Konflikte im Betrieb und in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. So wird auch die durch die Emanzipationsgruppen allein keineswegs aufgehobene Ungleichheit von Frau und Mann reduziert und die Unterdrückung der Frauen weitgehend durch die Frauen selbst partiell abgebaut. Die nach 1968 entstandene neue autonome Frauenbewegung ist eine der wichtigsten Folgen dieses emanzipatorischen Prozesses, aus dem neue Kräfte wachsen, die imstande sind, eine Gesamtveränderung in den noch *herr*-schenden gesellschaftlichen Strukturen zu bewirken.

*

So füllt sich der Lebensraum in Gedanken und Tat zwischen der von Menschen geschaffenen Realität der „Sachzwänge" und dem Utopischen, das in

der 68er Bewegung zum Durchbruch kam. Es kann weiterhin nur um eine *herr*schaftslose, solidarische Gesellschaft gehen, in der gegenseitige Hilfestellung und Anerkennung real werden — in einer sozialistischen, kommunistischen Gesellschaft, deren furchtbare unmenschliche Vorgeschichte endlich zu Ende gebracht wurde.

Vilma Hinn

Frauenbefreiung: Aufbrechen in der Geschichte

Nachdenken über 20 Jahre Arbeit von Frauen für Frauen

Als wir vor zwanzig Jahren aufbrachen, hatten wir noch nicht einmal die elementarsten politischen Rechte in diesem Land. Name und Bürgerrecht wurden uns nach alter Vätersitte verpasst — über Vorväter, Väter, Ehemänner, Familienoberhäupter... Frauen hatten in der Regel keine Nachkommen, es sei denn illegitime.

Bezüglich letzterer hat das revidierte Kindesrecht 1978 tatsächlich eine neue Lage geschaffen, ein Umstand, der bloss noch nicht ins allgemeine Bewusstsein gedrungen ist.

Wir sind nicht mit einer fertigen neuen Strategie angetreten, sondern mit dem Zorn und der Ungeduld einer Nachkriegs- und Vietnamkriegsgeneration, die es bis obenhinaus satt hatte, von offenkundig unfähigen, resignierten, entpolitisierten Vaterfiguren bevormundet, gegängelt und hingehalten zu werden — 180 Jahre nach ihren grosstönenden Menschenrechtsdeklarationen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (lies: Vetternwirtschaft), achtzig Jahre nach den ersten Suffragetten, fünfzig Jahre nach der ersten sozialistischen Revolution (und juristischer Gleichstellung der Frauen!), zwanzig Jahre nach einem 2. Weltkrieg, in dem die Überlebenden eigentlich hätten erwachen müssen...

Wir forderten als erstes die altgedienten Frauenrechtlerinnen zu einem Kurswechsel auf. „Das Stimmrecht wird man uns eines Tages nachwerfen. Konzentrieren wir uns auf den Kampf gegen die bürgerlich-patriarchalische Diktatur!" (FBB 1969)

Die alljährliche Trauerfeier am 1. Februar für das verweigerte Stimmrecht wurde „umfunktioniert": in eine neue Feminismusdiskussion. Statt Fackeln trugen wir Transparente: „Kurz und bündig; werdet mündig!"

Hinter uns lag der heisse Sommer der „Globuskrawalle" 1968 in Zürich: wochenlang anhaltende bürgerkriegsähnliche Zustände wegen der Forde-